

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtanschrift
Tageblatt Rieser,
Hermann Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 104.

Dienstag, 6. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Anfertigungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nagemann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Moldenhauers Schwur.

Man sollte in der Politik nicht schwören. Das ist schon einmal jemandem recht schlecht bekommen. Er hat dafür den Beinamen „der Mann mit der verdorrten Hand“ bekommen. In der Gestaltung der staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Probleme ist eben der einzelne Staatsmann nicht auf sich allein gestellt. Die Dinge selbst und die Gesamtheit der in ihnen wirkenden menschlichen und materiellen Kräfte erweisen sich meist stärker als das ein einzelner in völliger Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit sie meistern könnte.

Aber Herr Moldenhauer hat Mut. Trotz aller Zweifel und Bedenken, die seinem fröhlichen Zukunftsdenken und seinen Versprechungen in den zweitägigen Etatverhandlungen entgegengestellt wurden, bleibt er dabei: „Bange machen gilt nicht!“ Er nimmt die starke Note an, die von dem Kriegsminister Michaelis her noch schwach in Erinnerung ist: „Ich werde mir von niemandem die Führung aus der Hand nehmen lassen!“ Doch auch eine veinliche Erinnerung, daß die Sache mit Michaelis! Aber Herr Moldenhauer hat es sich geschworen, „daß dies nicht mehr vorkommen darf“, daß nämlich die Reichsfinanzen ein Trümmerfeld darstellen. So hat er am Sonntag auf der Jubiläumssitzung des westfälisch-lippischen Wirtschaftsverbands in Bad Sassen geschworen.

Danach wird es der gegenwärtige Reichsfinanzminister niemandem verbieten dürfen, wenn ihm in der zukünftigen kritischen Wächung seiner Arbeit nichts geschenkt wird. Und man wird seinen Schwur auf die Gesamtheit der Versprechungen beziehen, die er in den beiden Reichstagsreden und auf der Tagung in Bad Sassen gegeben hat. Wir werden uns also zunächst einmal der bescheidenen Hoffnung hingeben, daß im Etatjahr 1931 die auf die Wirtschaft bedrückenden Steuerlasten in der Höhe von mindestens 600 Millionen Mark — mindestens! — gesenkt werden. Der Minister hat auch schon Andeutungen über die Steuerarten gemacht, die von dieser Senkungsaktion in erster Linie erfaßt werden sollen. Und zwar soll sich die Herabsetzung der Abgaben vor allem auf Kapitalertrags-, Grundvermögens- und Gewerbesteuer erstrecken. Wer die Dinge nicht nur von der ökonomischen Sachverständigen aus betrachtet, der wird auch den Gedanken begrüßen, daß bei einer solchen Regelung der Kreditgewährung an die Gemeinden eine unabhängige Stelle als Kontrollinstanz geschaffen werden soll. Das ist aber natürlich nur ein ganz schätzer Anfang in der Richtung auf einheitliche Finanzverwaltung im Reich. Dabei wird an diesen Punkte das entscheidende Problem berührt, über dessen Bedeutung für die Einhaltung seines Schwurs sich Herr Moldenhauer auch klar sein mußte. Er hat ja selbst in Sassen darauf hingewiesen, daß ein wirklicher Erfolg der gesamten Finanzpolitik erst möglich sei, wenn das große Problem der Reichsreform ernsthaft angepackt würde. Dann darf man aber auch nicht so schüchtern und ängstlich sein, wie der Minister in seinen Ausführungen zu dieser Frage am Schluß der ersten Etatlesung erschien. Gewiß wird man tatvoll vorgehen müssen und nicht den Beginn der Aufklärungsarbeiten von vornherein mit den stärksten Reibungen zwischen Reich und Ländern belassen dürfen. Aber glaube denn jemand im Ernst, daß diese notwendige Reform überhaupt ohne Reibungen durchzuführen sei? Einmal müssen diese Dinge angepackt werden, und viel Zeit ist eigentlich nicht mehr zu verlieren. Die Initiative muß vom Reichsfinanzminister ausgehen. Dem Manne, der geschworen hat, kann es nicht gestattet werden, die Verantwortung auf andere abzuschieben.

Auf einem anderen Gebiet noch könnte es erscheinen, als ob Herr Moldenhauer einen Vorbedacht einschleichen wollte. Er hat nämlich von der Gefahr gesprochen, die von der Seite der Arbeitslosigkeit her dem Gleichgewicht des Reichshaushaltes drohe, nachdem die letzten Berichte eine gegenüber dem Vorjahre um 500.000 höhere Arbeitslosenrate aufweisen. Man muß aber wohl doch das in sich geschlossene finanz- und wirtschaftspolitische Programm des Reichsfinanzministers so auslegen, daß er den verhängnisvollen Kreislauf zwischen wirtschaftlicher Not, Arbeitslosigkeit und Unordnung in den Finanzen durchbrechen will. Die aufgestellte Reihenfolge lautet doch so, daß zunächst einmal der Haushalt nach rückwärtsloser Durchbrechung der bisher geübten Methoden der Verschleierung und Vernebelung in Ordnung gebracht werden soll, daß damit die Voraussetzung gegeben wird für eine baldige Entlastung der Wirtschaft, daß diese Entlastung wiederum die Bedrohung des Etats durch die Arbeitslosigkeit hinlänglich machen soll, damit endlich einmal eine Grundlage für fortschreitende Verminderung der Steueransforderungen geschaffen werde.

Wenn die Ereignisse tatsächlich so ineinanderfließen und in ihrer Wirkung verstärkt werden durch ein Sparprogramm im allgemeinen und durch ernsthafte Finanzgriffnahme der Reichsreform, so dürfte es ja schließlich gehen. Man soll eifrigem Reformwillen nicht von vornherein mit Zweifel und Vorzeichen begegnen. Man wird hoffen und abwarten.

Schied zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt.

18. Dresden. Die bürgerlichen Fraktionen des Landtags hielten am Montag im Beisein der Sozialisten und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine gemeinsame Besprechung ab, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Die Parteirepräsentanten einigten sich grundsätzlich auf die Bildung eines unpolitischen Beamtensabinetts, bis auf die Nationalsozialisten, die erst in der am Dienstag vor der Plenarsitzung erfolgenden Feststellung der Verhandlungen ihre Zielangabe erklären werden. Die Nationalsozialistische Partei scheint dem gemeinsamen Entschlusse beizutreten. Die Personalkommission wird erst in der gemeinsamen Dienstsitzung der Fraktionen geklärt werden.

Dresden. (Zunkspruch nachm. 3 Uhr.) Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen, der Landvolkspartei, der Demokraten, der Volksrechtspartei und Sozialisten einigten sich heute mittags in einer gemeinsamen Besprechung über folgendes:

1. Als Ministerpräsident soll ein Beamter gewählt werden, der ein unpolitisches Beamtensabinet zu bilden hat.
2. Die Annahme der Wahl soll der gewählte Ministerpräsident erst dann erklären, wenn er sich mit den Parteien, die sich zu dieser Einigung bekennen, über die Zusammenlegung des Kabinetts verständigt und die Zustimmung dieser Parteien erlangt haben.

3. Als solcher Ministerpräsident soll Herr Schied gewählt werden. Ob die Nationalsozialisten diesem Vorschlag zustimmen werden, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Der Landtag begann seine Sitzung mit fast einstündiger Verspätung kurz vor 2 Uhr.

Schied als Ministerpräsident gewählt.

Dresden. (Zunkspruch.) Er der in der heutigen Landtagsitzung kurz nach 3 Uhr vorgenommenen Ministerpräsidentenwahl nahmen insgesamt 95 Abgeordnete teil; ein sozialdemokratischer Abgeordneter fehlte. Es wurden abgegeben für den Präsidenten Schied 46 Stimmen der vereinigten bürgerlichen Parteien, für den Reichstagsabgeordneten Fleißner 32 sozialdemokratische und für den Abgeordneten Renner 12 kommunistische Stimmen. Die Nationalsozialisten gaben weiße Zettel ab. Da bei 90 abgegebenen Stimmen — die weißen Zettel zählen nicht mit — Schied mit 46 Stimmen die absolute Mehrheit erhalten hat, ist er zum Ministerpräsidenten gewählt.

Eine Rede des Reichsfinanzministers Brüning.

Das Programm der Reichsregierung für die nächsten fünf Jahre.

Dortmund, 5. Mai.

Auf dem Provinzialparteitag der westfälischen Zentrumspartei nahm nach dem Reichswirtschaftsminister Dr. Stegerwald der Reichsfinanzminister Dr. Brüning das Wort. Er gab zunächst eine Uebersicht über die Geschichte der Kabinettsbildung und sagte dann weiter: „Das Revisionsanierungsprogramm ist angenommen; doch werden wir in kürzester Zeit und immer wieder in der Regierung den Kopf zerbrechen müssen, wie wir die

Sanierung der Arbeitslosenversicherung

durchführen. Diese Sanierung muß in den nächsten Wochen noch genau so angepackt werden, als wenn das Kabinetts Müller noch bestände. Minister Seegering hat vor 14 Tagen eine Rede gehalten, als ob die Auflösung des Kabinetts Müller zurückzuführen sei auf sehr sorgfältig überlegte Pläne und daß sie letzten Endes nichts anderes zum Zwecke gehabt hätte, als den berühmten Panzerkreuzer B. Ich muß gestehen, ich habe in den letzten Monaten sehr viele andere Sorgen gehabt, als mich überhaupt um den Panzerkreuzer B zu kümmern. Was der Reichsrat beschloffen hat, ist nichts anderes, als daß ein Vierteljahr früher mit dem Bau des Panzerkreuzers B begonnen werden soll. Weder die Sozialdemokraten, noch eine andere Partei kann in Wirklichkeit nachweisen, daß bei uns nicht der ehrliche Wille gewesen ist, die große Koalition solange wie möglich zu halten. Die Regierung soll eine Rechtsregierung sein, nach Behauptung der Sozialdemokraten; aber gerade sie haben sich fast in Uebereinstimmung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herrn Hugenberg, auf das Schärfste gegen dieses Kabinetts ausgesprochen. Weiterhin hat Graf Westarp, der Führer des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen, neuerdings ebenfalls erklärt, daß es nicht möglich sei, diese Regierung zu unterstützen, da man die oppositionelle Haltung auch in Zukunft von Fall zu Fall aufrechterhalten würde. Ich glaube im übrigen, daß man im deutschen Volke doch in sehr starkem Maße einseht, daß nach der Demission des Kabinetts Müller

die Zeit zum Handeln endlich gekommen sein muß und nicht zum ewigen Verhandeln

da über dem Verhandeln der Kredit Deutschlands nach der finanziellen und politischen Seite unterminiert worden wäre. Das Parlament, wenn es Sinn hat, ist nicht dazu da, Agitationspolitik der Parteien zu treiben, sondern das Parlament ist dazu da, die Verantwortung zu übernehmen für das ganze Volk und für seine Zukunft. Wenn man Befehle macht, durch die entscheidende Aufgaben gelöst wurden, und dann in einer so schwachen Koalition der Mitte von den Grundlinien dieser Beschlüsse wieder abzuweichen muß, so führt das dahin, daß immer wieder eine gerade Linie der Gesundung und der Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes unterbrochen wird. Wir haben ein Interesse an der Konsolidierung der Dinge auf lange Sicht. Wir werden uns bemühen,

ein Programm aufzustellen und unter allen Umständen zur Annahme zu bringen,

das die Grundlage für die Wiederaufwärtsentwicklung des deutschen Volkes in den nächsten fünf Jahren bringen muß.“

Dr. Brüning führte weiter aus: „Die Veruche, in den Produktionsländern der neuen Welt, unter allen Umständen mit staatlicher Unterstützung, in nächster Zeit um jeden Preis Getreidemengen nach Europa zu bringen, zwingen Deutschland zu außerordentlichen Maßnahmen gegen Uebererzeugungen.“

Was der Landwirtschaft not tut,

ist nicht die Hoffnung auf übermäßige Preise, sondern die Erwartung auf stabile Preise auf lange Sicht. Das ist das wichtigste Moment! Es ist nicht so, als ob die Maßnahmen der Reichsregierung etwa eine einseitige Bevorzugung der Großgrundbesitzer oder des östlichen Grundbesitzes bezwecken. Das Hauptproblem ist nun einmal das Problem des Roggenpreises und davon hängt viel ab. Die gesamte Landwirtschaft im Osten, nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die neuen Ansiedler befinden sich in seelischer Depression. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft sinkt, und daß das Arbeitslosenproblem wegen der Gefährdung der Existenz der Landarbeiter nicht nur nicht gemildert, sondern sogar verschärft wird. Wir werden von unseren Parteifreunden im Osten mit vollem Recht auf die steigende Gefährdung der deutschen Ostlande aufmerksam gemacht.

Wir haben das größte Interesse daran, daß in den meisten menschenarmen Gegenden des Ostens durch eine verantwortungsvolle Gesamtpolitik eine gesunde Siedlungspolitik für die Zukunft gesichert wird. Unser Programm gilt nicht einseitig für den Osten. Was wir wollen ist, durch ein langfristiges Programm die Wirtschaft schrittweise wieder zur Erholung zu bringen, um dem Problem der Arbeitslosigkeit aus den innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus Herr zu werden. Eine der ersten Arbeiten, die die Reichsregierung zu erledigen hat, ist die Sorge, daß wir von der ungeheuren Last der schwebenden Schuld in eine langfristige umgewandelt wird.

Schulden dürfen in Zukunft von öffentlichen Körperschaften nicht mehr so wie in der Vergangenheit gemacht werden.

Es ist besser, den Mut zu haben, im entscheidenden Augenblick auch etwas Unpopuläres zu tun, als die Dinge aufzuschieben und schließlich zur Katastrophe treiben zu lassen.

Die Reichsoverschmelzungsbestrebungen

bedeuten keinen Zweck der heutigen Regierung und sie haben mit der Zentrumspartei nach keiner Richtung hin irgend etwas zu tun. Selbstverständlich haben wir den Wunsch, daß auch die jetzt getrennten Parteien, wie z. B. Windthorst's, wieder geeinigt werden, das heißt, Bayerische Volkspartei und Zentrumspartei, und hoffentlich stehen wir in kurzer Frist vor einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen im Reichstag. Die Regierung muß dem Reichstag neue Aufgaben stellen.

Die Regierung muß führen,

muß für die Vorlagen kämpfen und muß sich dafür einsetzen. Wenn die Parteien nicht in ihrer Mehrheit bereit sind, die Konsequenzen der verfassungsmäßig verankerten Demokratie zu ziehen und die Verantwortung wirklich zu tragen, so ist das für ein Land gefährlich.